

Zeitschrift: Schweizer Soldat : Monatszeitschrift für Armee und Kader mit FHD-Zeitung
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 23 (1947-1948)
Heft: 2

Artikel: Vom Personalabbau in der Militärverwaltung
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-703786>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER SCHWEIZER SOLDAT

ZEITSCHRIFT ZUR FÖRDERUNG DER WEHRHAFTIGKEIT UND DES WEHRSPORTES

Herausgegeben von der Verlagsgenossenschaft „Schweizer Soldat“ Zürich 1
Chefredaktion: E. Möckli, Adj.-Uof., Postfach Zürich-Bahnhof 2821, Tel. 25 70 30
Administration, Druck und Expedition: Aschmann & Scheller AG., Zürich 1
Tel. 32 71 64. Postcheck-Konto VIII 1545. Abonnementspreis: Fr. 8.— im Jahr

XXIII. Jahrgang Erscheint am 15. und 30. September 1947
Leizten des Monats

Wehrzeitung

Nr. 2

Vom Personalabbau in der Militärverwaltung

In der Frage des Militärbudgets ist insofern ein Schritt nach vorwärts festzustellen, als der Bundesrat sich der Auffassung des Chefs des Militärdepartements angeschlossen hat, eine ausreichende Landesverteidigung könne nur gewährleistet werden, wenn jährlich mindestens 400 Millionen Franken Militärkredite zur Verfügung ständen. Damit ist der Kredit in dieser Höhe allerdings nicht gerettet, aber es sind dem Finanzdepartement die zahlenmäßigen Unterlagen für diesen wichtigen Ausgabenposten gegeben für seine Vorschläge zur Bundesfinanzreform.

In der öffentlichen Diskussion um die Wehrkredite sind in den letzten Wochen von zwei Seiten her die Vorschläge des Chefs des EMD unterstützt worden, die der Beachtung wert sind. Vertreter der zur Dachorganisation der **Schweizerischen Wehrvereinigung** zusammengeschlossenen vaterländischen und militärischen Landesverbände und Organisationen, die zusammen einen Mitgliederbestand von über 800 000 Mann umfassen, gaben nach einem Referat des Chefs des Eidgenössischen Militärdepartements in einer Pressemitteilung einmütig der Auffassung Ausdruck, daß die Schweizerische Eidgenossenschaft ihre erste verfassungsmäßige Pflicht der Landesverteidigung nur dann erfüllen könne, wenn die vom EMD auf Grund genauer Untersuchungen und Berechnungen verlangten Kredite hierfür zur Verfügung stehen. In einer Eingabe unterstrich sodann die **Schweizerische Offiziersgesellschaft**, daß unsere Armee so auszurüsten und auszubilden sei, wie es dem Stande der Kriegstechnik und den Gegebenheiten unseres Landes entspreche und daß die Diskussion um die Gesamtkonzeption oft nur ein Streit um Worte sei.

In den Diskussionen um die Wehrkredite ist auch von ernsthaften Befürwortern der 400 Millionen gewünscht worden, es möchten die **Ausgaben für die Militärverwaltung** erneut überprüft und von seiten des Chefs des EMD alles getan werden, daß dieselben auf das äußerst notwendige Minimum beschränkt werden könnten. Wir können uns diesem Verlangen ohne weiteres anschließen, stehen dabei aber auf dem Standpunkt, daß positive Schritte in dieser Richtung bereits in erfreulichem Maße erfolgt seien. Aus Darlegungen des Chefs des EMD geht hervor, daß von den im Jahre 1944 in der Militärverwaltung beschäftigten 24 519 Personen am 30. Juni 1947 nur noch 15 176 auf ihren Posten standen, in welcher Zahl alle Beamten, Angestellten und Arbeiter inbegriffen sind. Die in dieser Ziffer enthaltene Zahl der **Militärbeamten** betrug im gleichen Zeitpunkt 2671 Mann.

Das größte Kontingent umfassen in der erstgenannten Zahl die Regiebetriebe der Kriegstechnischen Abteilung, die Kriegsmaterialverwaltung, Zeughäuser eingeschlossen, das Festungswachtkorps, die Direktion der Militärflugplätze usw. Ein noch weitergehender Abbau ist auch bereits in Aussicht genommen und ab 1950

durchführbar. Die Sparkommission überprüft genau, wo Personaleinsparungen noch nötig und möglich sind und wie in Betrieben und Büros weiter rationalisiert und Ueberschneidungen vermieden werden könnten.

Bei Beachtung des mehrere tausend Mann umfassenden Personalbestandes der **Kriegstechnischen Abteilung** ist zu berücksichtigen, daß auch hier gegenüber den Beständen, wie sie während des Krieges vorhanden waren, stark reduziert wurde und daß die dort beschäftigten Leute sich — außer der Verwaltung — auf mehrere Fabriken verteilen. Die KTA stellte während des Krieges in der Tat den größten Fabrikbetrieb unseres Landes dar.

Der gegenüber den Vorkriegsjahren stark vergrößerte Personalbestand der **Kriegsmaterialverwaltung** rührt zu einem guten Teil davon her, daß während des Krieges die Zahl der **Zeughäuser**, zufolge der starken Vermehrung von Art und Zahl der Waffen und des Materials, stark erhöht werden mußte. Soll dieses Milliardenwerte umfassende Material richtig unterhalten und gepflegt werden, dann darf im Personal nicht allzustark abgebaut werden, wenn dazu noch berücksichtigt wird, daß die Auflockerung in der Mobilmachung in vermehrtem Maße Personal verlangt.

Dem **Festungswachtkorps** ist der Unterhalt von Tausenden von Minenobjekten und die Kontrolle von kleineren und größeren Festungswerken übertragen. Zieht man die große Zahl dieser Anlagen und die ungeheuren Summen in Betracht, die in denselben investiert sind, dann leuchtet bald ein, daß eine Vernachlässigung des Unterhaltes am falschen Orte sparen bedeuten würde. Festgestellt zu werden verdient, daß der heutige Bestand des Festungswachtkorps stark unter der obersten Grenz liegt, die ursprünglich in Aussicht genommen worden ist.

Daß die **Direktion der Militärflugplätze** über ein zahlenmäßig bedeutendes Personal verfügt, ist Tatsache. Unser flottes Pilotenkorps aber wird seine kriegsmäßige Aufgabe nur dann erfüllen können, wenn es auf tadellos unterhaltenen Flugzeugen in ständigem Training bleibt. Das hierzu erforderliche Personal ist ebenfalls stark abgebaut worden, so daß eine noch weitergehende Personalverminderung nur noch möglich wäre auf Kosten und zum großen Schaden für die Sache.

Die Feststellung, die durch eine gewisse Presse die Runde machte, daß hinter jedem ausgebildeten Rekruten ein Mann der Militärverwaltung stehe, kann nur demjenigen gefährlich werden, der sich dabei nicht allzuviel denkt. Jeder andere wird herausfinden können, daß die rund 15 000 Mann der Militärverwaltung nicht nur für Ausrüstung und Ausbildung der Rekruten verantwortlich sind, sondern dafür, daß 500 000 Schweizer Soldaten von einer Stunde auf die andere mobilisiert, daß Waffen, Munition und Ausrüstung dabei in tadellosem Zustand übergeben werden können und daß Tausende von militärischen Anlagen betriebsicher

funktionieren. Seinen guten Willen zum Abbau der Militärverwaltung auf das äußerste Minimum hat das EMD schon bisher bewiesen und es wird ihn weiter aufrechterhalten. Starkes Verantwortungsbewußtsein er-

weist sich auch auf dem Gebiete der Landesverteidigung mit Bestimmtheit wertvoller als das Fechten mit oberflächlichen Schlagworten, die einer ernsthaften Prüfung nicht standhalten können. M.

Schweizerische Nationalspende

Obwohl wir uns wiederum um ein weiteres Jahr vom Kriegsende distanzieren haben, gibt es bei unsern Wehrmännern und ihren Familien immer noch zahlreiche Notlagen, die auf den geleisteten Aktivdienst zurückzuführen sind und deren Behebung eine der vornehmsten Pflichten der Stiftung der Schweizerischen Nationalspende ist.

Das Jahr 1946 war nach dem zweiten Weltkrieg das erste Jahr ganz ohne Aktivdienst und ohne Wiederholungskurse. Die vom Aktivdienst heimgekehrten Soldaten fanden fast in allen Zweigen der Industrie, des Gewerbes und der Landwirtschaft willkommene Arbeit und guten Verdienst. Dem Bericht über das Jahr 1946 der Schweizerischen Nationalspende ist zu entnehmen, daß bei den vielseitigen Arbeitsmöglichkeiten sich die Wehrmänner von allfälligen wirtschaftlichen Folgen ihrer Aktivdienstzeit rascher erholen konnten und die direkte Wehrmannsfürsorge ihre Aufgabe mit weniger Geld als in den Vorjahren erfüllen konnte. Hingegen haben ganz besonders die Ausgaben für die im Aktivdienst er-

krankten Wehrmänner zugenommen. Beinahe die Hälfte der gesamten Unterstützungssumme wurde für Militärpatienten aufgewendet. Die Soldatenfürsorge hilft hier auf mannigfaltige Art, aber immer auf die Weise, die den Verhältnissen angepaßt ist. Im Bestreben, den Militärpatienten gründlich und dauernd zu helfen, suchte die Soldatenfürsorge neue Wege und fand oft in der Umschulung und Selbständigmachung die Möglichkeit, die verbliebene Arbeitskraft von Wehrmännern anzuwenden und ihnen damit Lebensmut, Selbständigkeit und Fortkommen aus eigener Kraft zurückzugeben. Die Kosten der Umschulung und Existenzbeschaffung, die sich meistens auf Jahre erstrecken, sind allerdings groß, aber die Hilfe erweist sich als dauernd.

Die Schweizerische Nationalspende vermag gerade die Härten zu mildern, die sich aus der Handhabung der revisionsbedürftigen Militärversicherungsvorschriften und anderer staatlicher Hilfseinrichtungen ergeben. Mögen diese auch mit den besten Absichten

ausgebaut werden, immer verbleiben Lücken, die nur auf freiwilligem Wege ausfüllbar sind. Die Nationalspende genießt das Vertrauen des Schweizervolkes und seiner Behörden, sie bildet auch die unentbehrliche Ergänzung der Lohn- und Verdienstaussgleichskassen. Doch wird sie diese nie ersetzen können. Indessen ist diese Stiftung ein nicht mehr wegzudenkendes Glied in der Kette schweizerischer Fürsorgeeinrichtungen; durch ihre Hilfe mannigfaltigster Art, die sie dem Wehrmann und seinen Angehörigen angedeihen läßt, erhält und stärkt sie die gesunde Volkskraft, die unsern Staat trägt. Gerade heute, in Zeiten der Hochkonjunktur und des Wohlstandes bedarf die Nationalspende der Unterstützung und Mithilfe aller Volkskreise, um nicht zuletzt auch für die Zukunft eine materielle Reserve anzulegen, wo vielleicht die Notlagen unseres Volkes größer und die Leistungsfähigkeit kleiner sein werden.

Hptm. Schönmann O.

Der bewaffnete Friede

(Militärische Weltchronik)

Die gefährlichen, zu Entladungen neigenden Sommermonate sind relativ ruhig verlaufen. Die drohenden Konflikte haben den Charakter da und dort auflodernder Flammen behalten. Nur die Rauchentwicklung der noch schwelenden Feuer hält an und sagt uns, daß die Gefahren weiterbestehen, sich oft unsichtbar auf einem ausgedörrten Nährboden weiterverbreiten und plötzlich wieder im größeren Umfange ausbrechen können. Es heißt auch für uns, weiterhin wachsam zu bleiben und von unserer Alpenwarte nach Osten und Westen Ausschau zu halten.

Die überraschende **Unterzeichnung der Friedensverträge** von Italien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und Finnland durch die Sowjetunion darf wieder einmal als ein gutes Zeichen gewertet werden. Die Unterzeichnung zwingt die Siegerstaaten, ihre Truppen 90 Tage nach Inkrafttreten der Verträge aus diesen Ländern zurückzuziehen. Es dürfen nur die Truppen in den betreffenden Ländern bleiben, die zur Sicherung der Verbindungen nach den besetzten Zonen in Deutschland und Oesterreich notwendig sind. Diese

Bestimmung dürfte aber in der Folge eine sehr weite Auslegung finden.

Wir haben an dieser Stelle schon mehrmals weitvoraussehend auf die gefährliche Entwicklung in Griechenland aufmerksam gemacht. Die Verhältnisse an der griechischen Nordgrenze, die ständigen Grenzzwischenfälle und Drohungen auf beiden Seiten der im Schatten großer Verbündeter stehenden Parteien, tragen den Keim eines Weltkonfliktes in sich, der sich sehr leicht am griechischen Pulverfaß entzünden könnte. Die Positionen haben sich schon wieder so weit zugespitzt, daß keiner der Streitenden zurück kann und die ganze Angelegenheit so zu einer gefährlichen Prestigefrage wird. Mit dem Frieden geht gleichzeitig auch das Ansehen der UNO und ihres sogenannten Sicherheitsrates vor die Hunde.

Die Spannungen im Balkan haben ihren diesjährigen Höhepunkt noch nicht erreicht. Kann diese Krise nicht bald beigelegt werden, wird sie als schwerwiegendes Erbe das neue Jahr belasten und dazu beitragen, daß 1948 zu einem Jahr der wichtigsten Entscheidungen unserer Zukunft werden wird.

*

Der Verfasser dieser Chronik konnte sich auf seiner Reise in die

Tschechoslowakei

selbst ein Bild der Verhältnisse im Osten machen, da das eigene Erleben für uns Schweizer zu den zuverlässigsten Quellen gehört, die es auch in der Zukunft zu erhalten gilt.

Die Tschechoslowakei nimmt heute unter den russischen Randstaaten noch eine eigene Stellung ein. Will man die Politik dieses Landes verstehen, so muß man sich zuerst über seine geographische Lage Rechenschaft ablegen, die dieses slawische Land zwingt, mit dem großen Nachbarn im Osten gute Freundschaft zu halten, will es nicht selbst seinen Untergang einleiten. Der Verrat von München durch die Westmächte hat trotz der alliierten Waffenhilfe des zweiten Weltkrieges das Mißtrauen gegenüber dem Westen nicht ganz zum Verschwinden gebracht. Die vielen Stalinbilder, die in der Tschechoslowakei immer zusammen mit dem ihres Gründers, Masaryk, und dem des derzeitigen Staatspräsidenten Dr. Benesch, zu sehen sind, dürfen nicht als Bekenntnis zum Kommunismus gewertet wer-